

## **Integration wirksam fördern, Bildungserfolge nicht verspielen**

Die Volkshochschulen in NRW fordern finanzielle Planungssicherheit für ein bedarfsgerecht fortlaufendes Kursangebot zur Integration von Zugewanderten. Sie sind das stärkste Träger-Netzwerk von Kursen im Gesamtprogramm Sprache des Bundes. Die Volkshochschulen beziehen sich dabei auf das gemeinsame Verständnis aller Bundesregierungen seit der Einführung des Integrationskurses im Jahr 2005: Der Integrationskurs gilt als staatliches Grundangebot und als Kernelement im Gesamtprogramm Sprache, um Zugewanderte mit der deutschen Sprache und den Werten des Zusammenlebens in Deutschland vertraut zu machen und ihnen gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu ermöglichen. Er ist zudem ein wichtiger Baustein bei der dringend notwendigen Fachkräftequalifizierung. Durch die drohende vorläufige Haushaltsführung im Bund dürfen dieses bewährte Angebot und die seit zwei Jahrzehnten etablierten Strukturen nicht gefährdet werden.

Die NRW-Volkshochschulen leisteten im Jahr 2023 mehr als 896.000 Unterrichtsstunden in Integrationskursen, nahmen mehr als 32.000 Deutsch-Tests für Zuwanderer (DTZ) ab und verzeichneten in den verschiedenen Modulen insgesamt fast 142.000 Belegungen, davon mehr als 16.000 in Integrationskursen mit Alphabetisierung. Aus dem Bundeshaushalt zahlte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 73,1 Millionen Euro für Kurse an Volkshochschulen in NRW.

Insbesondere bei Zugewanderten mit einem Rechtsanspruch oder einer Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs, aber auch bei den verantwortlichen Trägern sorgen die aktuell prekäre Haushaltslage im Bund und entsprechende Medienberichte für massive Verunsicherungen. Diese Verunsicherung wurde bereits mit dem Haushaltsentwurf der amtierenden Bundesregierung geschürt, der für Integrationskurse im kommenden Jahr weniger als die Hälfte der diesjährigen Mittel vorsieht.

Die Volkshochschulen in NRW wenden sich entschieden dagegen, die aktuelle Haushaltskrise auf dem Rücken Zugewanderter und zu Lasten integrationspolitischer Errungenschaften zu behandeln. Die Volkshochschulen werden in ihren Kommunen weiterhin bedarfsgerecht Integrationskurse planen und fordern dafür die erforderlichen Mittel ein.

Die 131 Volkshochschulen in NRW und ihr Landesverband wenden sich an die Politik in Bund und Land mit dem dringenden Appell, in dieser Frage rasch für Klarheit zu sorgen: Die absehbar notwendigen Mittel für 2025 müssen schnellstmöglich bereitgestellt werden, um einen langfristigen Schaden am Integrationskurssystem abzuwenden.